

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 95 (2020)
Heft: 10

Artikel: GSoA : Angriff auf KMU
Autor: Burkart, Thierry
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-914456>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GSoA: Angriff auf KMU

Die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) will die Armee abschaffen. Das Vorhaben ist schon mehrfach gescheitert. Nun versuchen die Armee-Gegner, die Rüstungsindustrie in der Schweiz in die Knie zu zwingen. Die neuste GSoA-Initiative schadet nicht nur der Schweizer Armee. Sie gefährdet auch die soziale Sicherheit, schadet KMU und gefährdet Arbeitsplätze.

Thierry Burkart, Ständerat des Kantons Aargau und Präsident des Vereins für eine sichere Schweiz

1982 gegründet, verfolgt die GSoA seit jeher ein einziges Ziel: Sie will – der Name verrät es – die Armee abschaffen. Doch die Schweizerinnen und Schweizer wollen davon nichts wissen. Sie sprachen sich schon mehrfach und in aller Deutlichkeit gegen das Vorhaben aus. Entsprechende Initiativen der Armeegegner blieben an der Urne chancenlos.

So sagten am 26. November 1989 64.4 Prozent der Schweizer Stimmbevölkerung Nein zu Abschaffung der Armee. Am 2. Dezember 2001 war die Ablehnung mit 78.1 Prozent Nein-Stimmen sogar

noch klarer. Und auch als die GSoA im Jahr 2011 die Wehrpflicht aufheben wollte, war die Ablehnung mit 73.2 Prozent Nein-Stimmen eindeutig. Ihr jüngster Misserfolg: Die GSoA wollte jüngst den dringend notwendigen Kampfflugzeugersatz an der Urne abschiessen. Aber auch das ist misslungen. Die Schweizerinnen und Schweizer wollen eine umfassende Sicherheit.

Radikal, willkürlich und schädlich

Die GSoA kann es aber nicht lassen. Die neuste Initiative aus deren Küche liegt auf

dem Tisch. Dieses Mal versuchen es die Armee-Gegner mit einem Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten. Mit ihrer gleichnamigen Initiative wollen sie die Rüstungsindustrie auf der ganzen Welt in die Knie zwingen. Mittel zum Zweck ist ein rigoroses Finanzierungsverbot. Dieses soll die globale Produktion von Kriegsmaterial bremsen, weil ihr wichtige finanzielle Beiträge entzogen werden – so die naive und träumerische Vorstellung der Initiantinnen und Initianten.

Die Initiative «Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» untersagt der Schweizerischen Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge (AHV, IV, EO und Pensionskassen) die Finanzierung von Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften.

Ausserdem muss der Bund auf nationaler und internationaler Ebene dafür weibelnen, dass für Banken und Versicherungen gleiche Bedingungen gelten. Letztlich sollen alle Anlagen und Finanzierungen ins Korsett der starren GSoA-Quote gepresst werden. Warum diese ausgerechnet bei fünf Prozent liegt, weiss niemand.

Nicht einmal die Initiantinnen und Initianten selber haben dafür eine Begründung. Die starre GSoA-Quote ist radikal, völlig willkürlich, und sie schadet der Schweiz.

Erneuter Angriff auf Armee

Auch diese Initiative steht in der Tradition der politischen Arbeit der GSoA. Mit dem finanziellen Aushungern von Schweizer Rüstungsproduzenten und ihren Zulieferbetrieben gefährdet die GSoA einmal mehr unsere Armee und setzt die militärische Sicherheit der Schweiz aufs Spiel.

Unser Land ist souverän und neutral. Die Schweiz gehört weder einer Verteidigungsallianz an noch hat sie Anspruch auf militärische Unterstützung durch andere Staaten. Gerade deshalb sind wir darauf angewiesen, selber über Kompetenzen bei der Herstellung von Rüstungsgütern zu verfügen. Sonst müssen wir sämtliche Ausrüstungen im Ausland beschaffen und hätten keinen Verhandlungsspielraum mehr.

Das ist gefährlich. Denn – die Corona-Krise hat es eindrücklich gezeigt – auf Importe kann man sich in Krisenzeiten



nicht verlassen. Internationale Lieferketten können sehr schnell unterbrochen werden. Eine wirksame Schweizer Armee ist auf inländisches Wehrtechnik-Know-how angewiesen. Art. 58 der Bundesverfassung hält fest: «Die Schweiz hat eine Armee». Es ist bedenklich, wenn AHV, Pensionskassen und Nationalbank Gelder nicht mehr in Schweizer Firmen investieren dürfen, die dazu beitragen, einen Verfassungsauftrag zu erfüllen.

Verbot gefährdet Arbeitsplätze

Die Rüstungsindustrie schafft Aufträge für KMU und wertvolle Arbeitsplätze in der Schweiz. Sie wird genau kontrolliert und Exporte richten sich nach den Bestimmungen des Kriegsmaterialexportgesetzes.

Die GSoA setzt diese Arbeitsplätze fahrlässig aufs Spiel. Denn die Initiative macht alle Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften, zu «Kriegsmaterialproduzenten», die nicht länger finanziert werden dürfen. Betroffen sind nicht nur weltweite Grossunternehmen wie Airbus und Boeing, sondern auch sehr viele Schweizer KMU, welche als Zulieferbetriebe fungieren und Einzelteile oder Baugruppen herstellen, die in Rüstungsgütern verbaut werden.

Während internationale Konzerne einfacher ausweichen und ihre Kredite in Zukunft im Ausland beschaffen können, sind ausgerechnet KMU die Leidtragenden. Ihnen wird der Zugang zu Krediten massiv erschwert oder gänzlich verwehrt. Dass sie auch Alltagsprodukte herstellen, lässt das Finanzierungsverbot ausser Acht. Die starre GSoA-Quote schliesst kurzerhand auch die zivilen Sparten der betroffenen Unternehmen vom Zugang zu Krediten aus. Klar ist, wenn den Unternehmen der Kredithahn zugedreht wird, gehen Arbeitsplätze verloren. Das ist verantwortungslos.

Initiative gefährdet unsere Renten

Die GSoA-Initiative schadet nicht nur der Armee und der militärischen Sicherheit der Schweiz, sondern setzt auch die soziale Sicherheit der Schweizerinnen und Schweizer fahrlässig aufs Spiel. Es ist also ein umfassender Angriff auf unsere Sicherheit. Die starre GSoA-Quote kommt nämlich unsere Altersvorsorge teuer zu stehen.



Bild: Mattias Nutt/SOC

«Das Finanzierungs-Verbot der GSoA verdient ein klares Nein an der Urne.»

Das ist brisant. Stehen berufliche und staatliche Vorsorge mit Blick auf die Demografie und das Zinsniveau doch schon heute vor grossen Herausforderungen. Immer weniger Erwerbstätige finanzieren die Renten von immer mehr Rentnerinnen und Rentnern. Auch die rekordtiefen bzw. negativen Zinsen setzten AHV und Pensionskassen seit Jahren massiv unter Druck.

Es ist absolut unverständlich, dass die GSoA ausgerechnet AHV und Pensionskassen ins Visier nimmt. Die Initiative wirft deren bewährte Anlagestrategie über den Haufen. Entweder müssen sie ihre Investitionen künftig auf eine kleine Auswahl Firmen beschränken. Oder sie überprüfen jährlich jeden einzelnen Titel in ihren Fonds, ob das Unternehmen nicht mehr als 5 Prozent seines Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaftet.

Ersteres führt wegen der ungenügenden Streuung zu einem erhöhten Anlageisiko. Letzteres ist wegen dem grossen

Verwaltungsaufwand mit hohen Mehrkosten verbunden. Grössere Risiken und höhere Kosten schmälern die Erträge von AHV und Pensionskassen. Unsere Renten werden dadurch noch unsicherer. Nicht zu vergessen: Mit dem Finanzierungsverbot greifen die Initiantinnen und Initianten massiv ins private Vermögen von Schweizerinnen und Schweizern ein.

Denn die GSoA sieht grosszügig darüber hinweg, dass es sich bei den Pensionskassengeldern um Privatvermögen von Sparern handelt. Tatsache ist: Unsere Altersvorsorge steht vor grossen Herausforderungen, sie sollte auf keinen Fall durch bürokratische und teure Verbote zusätzlich belastet werden.

So sympathisch und erstrebenswert es ist, zu einer friedlichen Welt beitragen zu wollen, so schädlich ist diese Volksinitiative. Sie greift die militärische und soziale Sicherheit der Schweiz direkt an. Das Finanzierungs-Verbot der GSoA verdient ein klares Nein an der Urne. +